

---

**Alexandre Froidevaux, Gegengeschichten oder Versöhnung? Erinnerungskulturen und Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg bis zur „Transición“ (1936–1982), Verlag Graswurzelrevolution: Heidelberg 2015. 600 Seiten, € 28,90**

Der Terminus der Erinnerungs- beziehungsweise Geschichtskultur, verstanden als „Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse“ (Christoph Cornelißen), ist seit den 1990er Jahren auf dem Gebiet der Kulturgeschichtsforschung zum Leitbegriff avanciert. Als kollektives Gedächtnis wird Erinnerungskultur von der Gesellschaft oder einer gesellschaftlichen Gruppe diskursiv beständig neu konstruiert. Eine Auseinandersetzung mit der Indienstnahme der Vergangenheit für aktuelle Zwecke und zur Identitätsbildung scheint dabei insbesondere im Fall der politischen Linken interessant. So sieht der Historiker David Mayer die „Rückschau nach vorn“ als deren [der politischen Linken, A. F.] Alleinstellungsmerkmal an, das es ihr erlaube, anhand von „Gegengeschichten“ die Modifizierbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zu demonstrieren und diese alternative Historie zugleich zur Selbstlegitimation zu nutzen.

Alexandre Froidevaux unternimmt es in seinem Werk, einer geringfügig überarbeiteten Fassung seiner 2013 eingereichten Dissertation, der Frage der Allgemeingültigkeit dieser Hypothese am Beispiel der spanischen Arbeiterbewegung nachzugehen. Diese enthielt sich nämlich in der Phase der „Transición“ vom Franquismus zur parlamentarischen Monarchie gerade des Gedenkens an den Bürgerkrieg und stellte stattdessen den Gedanken der nationalen Versöhnung in den Vordergrund. Seine Bindungskraft verlor der „Pakt des Vergessens“ erst nach der Jahrtausendwende.

Das besondere Interesse der Arbeit gilt dementsprechend der Frage, auf welche Art und Weise die verschiedenen linken Strömungen Erinnerungskultur betrieben, bevor die neue Erinnerungsbewegung auf den Plan trat, und welche Bedeutung dem Gedenken für die kollektive Identitätsbildung zukam. Indem sich Froidevaux das Ziel setzt, den Begriff der Erinnerungskultur mit seinen sämtlichen Facetten in den Blick zu nehmen, will er zugleich einem forschungspolitischen Desiderat abhelfen.

Nach einem einleitenden Abriss der gedächtnistheoretischen Terminologie (Halbwachs' Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“ und seiner sozialen Determinierung, Assmanns Theorie des „kulturellen Gedächtnisses“) folgt eine Überblicksdarstellung der Entwicklungsetappen der spanischen Arbeiterbewegung, die jeweils durch eine detaillierte Beschreibung der spezifischen Erinnerungskultur abgeschlossen wird.

Charakteristisch für das linke Lager in Spanien war seine Fragmentierung in anarchistische und sozialistische sowie (zum einen moskautreue, zum anderen nichtstalinistische) kommunistische Organisationen, die sich während des Bürgerkriegs teilweise sogar bewaffnete Auseinandersetzungen lieferten und ihre Widerstandskraft im antifranquistischen Kampf dadurch selbst minimierten. Überdies zeigten sich die genannten Hauptströmungen auch ihrerseits uneins, was sich auf dem Gebiet der Traditionspflege und der Auswahl von Erinnerungsorten niederschlug. Während die Anarcho-SyndikalistInnen vergangener Klassenkämpfe, der organisatorischen Entwicklung der CNT und wichtiger Protagonisten gedachten, orientierten sich die KommunistInnen an der Geschichte der Oktoberrevolution und dem Vorbild der Sowjetunion. Nach der Niederlage differierten die verschiedenen ideologischen Richtungen dann insbesondere in ihrer Haltung zum Verhältnis von Krieg und Revolution sowie der Charakterisierung des Bürgerkriegs.

Intern stritten die AnarchistInnen erbittert über die geschichtspolitische Analyse ihrer Kooperation mit anderen Kräften der Volksfront, einer Kooperation, die schließlich in einer Regierungs-

beteiligung sowie der Bürokratisierung und Hierarchisierung der CNT mündete. Die KritikerInnen machten diese Entwicklung mit dafür verantwortlich, dass die Reichweite revolutionärer Maßnahmen wieder eingeschränkt werden konnte, was sich wiederum in einer sinkenden Kampfmoral manifestierte.

In der sozialistischen Bewegung existierten zwei Richtungen: Eine Tendenz war theoretisch marxistisch fundiert und übte sich in radikal-antikapitalistischer Rhetorik, die andere setzte auf pragmatische Realpolitik und reformistische Maßnahmen. Praktisch ging es um die Frage, ob man sich auf eine Arbeiterregierung stützen oder auf die Verteidigung der Republik – mithilfe des demokratischen Westens – konzentrieren sollte. Prägend war auch der persönliche Konflikt zwischen den Parteigrößen Francisco Largo Caballero und Indalecio Prieto.

Die PCE profitierte in sehr starkem Maße von der sowjetischen Militärhilfe und ihrer entschiedenen Ablehnung der sozialen Revolution, die in Stalins Interesse begründet lag, die Westmächte als Bündnispartner gegen das nationalsozialistische Deutschland zu gewinnen. Die KommunistInnen deklarierten den Bürgerkrieg als nationalrevolutionären beziehungsweise Unabhängigkeitskrieg, stießen bei ihrem Werben um die Bildung einer Einheitsfront bei den SozialistInnen und der CNT allerdings auf Ablehnung.

Neben diesem konfliktiven Umgang mit den je eigenen historischen Narrativen wurde deren Pflege auch massiv durch das franquistische Regime unterdrückt, das den Spielraum der Traditionspflege im Inland stark einschränkte und zu einem Identitätsverlust beitrug. Das „Gedächtnis der Verlierer“ (S. 60) wurde systematisch von der öffentlichen Bühne verbannt, die linken Opfererinnerungen einem „Memorizid“ (S. 436) ausgesetzt. Viele AktivistInnen zogen sich in dieser Situation und angesichts des Scheiterns sämtlicher Oppositionsstrategien spätestens zu Beginn der 1950er Jahre in den privaten Raum zurück und enthielten sich fürderhin der politischen Betätigung.

Debatten wie die über die Frage, warum die Kriegsanstrengungen scheiterten, wurden somit vor allem im Exil geführt und dienten in der Regel der Selbstlegitimation und der wechselseitigen Abgrenzung von SozialistInnen und Anarcho-SyndikalistInnen sowie beider gegenüber der PCE. Die InlandsaktivistInnen konnten dieser Art von Nabelschau ob ihrer eigenen drängenden Probleme wenig abgewinnen. Gerade auf die nachfolgende Generation wirkte das „hochgradig gespaltene Verlierergedächtnis“ (S. 211) und das weitgehende Fehlen kollektiver Erinnerungsorte alles andere als attraktiv, auch wenn die Gegengeschichten identitätsrelevant blieben.

Zwischen der alten Arbeiterbewegung und den Kämpfen der Kinder der BürgerkriegsteilnehmerInnen, die sich in erster Linie um gegenwartsbezogene Probleme sozialer und materieller Natur drehten und erst durch die Reaktion des Regimes politisierten, kam es somit zu einem Bruch entlang generationeller Linien. Begünstigt wurde dieser Bruch auch durch den fundamentalen sozioökonomischen Wandel infolge des Konjunkturaufschwungs, der einsetzte, als die Wirtschaft nicht mehr durch Autarkiemaßnahmen reguliert wurde. So kam es zur Transformation der Agrargesellschaft in einen Industriestaat, einem starken Bevölkerungswachstum und gewaltigen Migrationsbewegungen. Die Bürgerkriegsgeneration geriet dadurch in eine Minderheitenrolle, was nicht ohne Auswirkungen auf die Erinnerungskultur der Opposition blieb.

Auf dem Gebiet der Geschichtspolitik setzte sich angesichts von regime-internen Friktionen und einer begrenzten Öffnung des Regimes zugleich die Idee einer nationalen Versöhnung mit ehemaligen Franquisten einschließlich einer Amnestie für politische Delikte durch, um alle Kräfte vereinen zu können, die dem Regime ablehnend gegenüberstanden. Ziel der neuen, auf „Entschärfung der konfliktiven Geschichte“ (S. 18) abzielenden Geschichtspolitik der Nachkriegsgeneration war nun die „Entsemiotisierung der Bürgerkriegszeit“ (S. 339) und damit die „Zerstörung des franquistischen Mythos“ (S. 311). Der Versöhnungsgedanke als das neue Paradigma des Widerstandes richtete sich zugleich aber auch gegen die Traditi-

on des „anderen Spanien“ (S. 342) und fiel wie das Narrativ des sinnlosen Bürgerkriegs bei der großen Mehrheit der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden.

Der PCE, die einen entsprechenden Strategiewechsel im Zuge der Entstalinisierung und der Abkehr vom bewaffneten Kampf eingeleitet hatte, gelang es in dieser Zeit, zur wichtigsten Organisation im antifranquistischen Widerstand zu avancieren. Die bisherige Ausgrenzung seitens der AnarchistInnen und SozialistInnen wich dem nunmehr in der Arbeiterbewegung dominierenden Einheitsgedanken. Der neue Kurs war parteiintern zunächst allerdings noch nicht unumstritten und fungierte primär als Angebot an die Außenwelt, während (ebenso wie bei der PSOE) aus Gründen der Identitätsvergewisserung in den eigenen Reihen zugleich an einer ausgeprägten Erinnerungskultur und der klassischen Lesart des Bürgerkriegs festgehalten wurde. Dieser Spagat wurde auch nach dem Scheitern der angestrebten demokratischen Revolution und dem erneuten Kurswechsel zu Verhandlungen mit den Franquisten und zur Akzeptanz der Monarchie beibehalten. Partei- und Gewerkschaftsbasis schickten sich angesichts der politischen Kräfteverhältnisse darin.

In der Phase der „Transición“ verständigten sich das Regime und die GegnerInnen des Franquismus auf einen „verhandelten Bruch“ (S. 470), der mit dem Pakt des Vergessens auch eine geschichtspolitische Übereinkunft beinhaltete und sich insbesondere in einem Amnestiegesetz manifestierte. Der Wunsch der leitenden AkteurInnen nach Versöhnung und Überwindung der Spaltung des Landes wurde nun endgültig zum Fundament eines zunehmend hegemonialen Diskurses vom Bürgerkrieg als nationaler Tragödie. Entsprechend galt auch die Zweite Republik der jungen Demokratie nur noch als Negativbeispiel. Alle konfliktiven Fragen der Vergangenheit, wie das Schuldproblem des Bürgerkriegs und die Gewaltgeschichte des Franquismus, wurden als systemgefährdend aus dem öffentlichen Gedächtnis verdrängt. Das Schicksal der Opfer und die historische Aufarbeitung der Diktatur wurden erst ab der Jahr-

tausendende wieder von einer neuen Erinnerungsbewegung aufgegriffen.

Froidevaux legt eine akribisch recherchierte, auf einschlägigen Archivalien und Erinnerungswerken wichtiger Aktivisten basierende Arbeit vor, in der die Stimmung an der Basis allerdings nur näherungsweise thematisiert werden kann – ebenso wie das selbstgesetzte Vorhaben, auch geschlechtergeschichtliche Aspekte zu berücksichtigen, rudimentär bleibt. Zu problematisieren wäre auch, ob sich der Sammelbegriff „Linke“ (S. 23), für den mit Willy Brandt nur ein Zeuge ins Feld geführt wird, mit dem Selbstverständnis der damaligen Akteure deckt. Die Studie bestätigt im Falle der spanischen Arbeiterbewegung und ihrer Erinnerungskultur die generellen Entwicklungslinien, zeigt aber auch auf, dass zugleich immer Kontinuitäten existierten und daher stets ein differenziertes Bild vonnöten ist. So hielt sich in den traditionellen Zentren der Arbeiterbewegung über den Generationswechsel hinaus ein kollektives Gedächtnis vergangener Kämpfe und Gewerkschaften, blieben personelle Kontinuitäten und ideologische Anleihen bedeutsam. Anstelle einer scharfen Trennung zwischen den Generationen ist daher eher von einer Mischung von alter und neuer Arbeiterbewegung zu sprechen.

*Jürgen Jenko*

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online** lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen vierstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 Euro und für GeringverdienerInnen 10 Euro jährlich; Fördermitglieder dürfen ihren Beitrag selbst festlegen.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**SGO-Verein [at] janus-projekte.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00**  
**BIC: BFSWDE33BER**  
**Bank für Sozialwirtschaft**